
Auszug aus dem Protokoll

Sitzung Nr. 3
Datum 24. März 2010

35 1.92. Parlamentarische Vorstösse

**Dringliche Interpellation Bruno Vanoni und Mitunterzeichnende
betreffend Folgen der kantonalen Steuergesetz-Revision für die
Gemeindefinanzen; Antwort**

"In der laufenden Märzsession berät der Grosse Rat des Kantons Bern eine Revision des Steuergesetzes. Die Anträge der vorberatenden Kommission bedeuten für den Kanton jährliche Mindereinnahmen von 257 Millionen Franken. Hinzu kommen Mindereinnahmen der Gemeinden in der Höhe von 135 Millionen Franken. Verschiedene Gemeindepräsidenten haben am 8. März auf die gravierenden Folgen für ihre Gemeindefinanzen aufmerksam gemacht und öffentlich gegen die Kommissionsanträge Stellung genommen.

Gemäss Berechnungen des Verbandes der bernischen Finanzverwalter, der vom Zollikofener Finanzverwalter Daniel Bichsel präsiert wird, hätten die Kommissionsanträge für die Gemeinde Zollikofen jährliche Mindereinnahmen von 1,27 Millionen Franken zur Folge. Aus den gleichen Unterlagen geht hervor, dass der Finanzplan der Gemeinde Zollikofen für die nächsten Jahre (unabhängig von der Steuergesetz-Revision) mit jährlichen Defiziten zwischen 1,9 und 2,3 Millionen Franken rechnet. Diese Fehlbeträge würden durch die Steuergesetz-Revision noch erhöht - gemäss Kommissionsanträge auf jährlich bis zu 3,5 Millionen Franken.

Der Gemeinderat wird deshalb um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Welche Auswirkungen hat die beantragte Steuergesetz-Revision auf die Gemeindefinanzen von Zollikofen? Kann der Gemeinderat die erwähnten Auswirkungen bei einer Annahme der Kommissionsanträge bestätigen? Welche Auswirkungen hätte die Revision, wenn sie gemäss Vorschlag des Regierungsrates beschlossen wird?
2. Warum war die Gemeinde Zollikofen nicht vertreten, als verschiedene Gemeindepräsidenten öffentlich gegen die Kommissionsanträge angetreten sind? Ist der Gemeinderat bereit, sich der ablehnenden Stellungnahme anderer Gemeindebehörden anzuschliessen?
3. Welche Massnahmen zieht der Gemeinderat in Betracht, um die wegen der Steuergesetz-Revision drohenden Mindereinnahme auszugleichen? Kann er ausschliessen, dass wegen der Steuersenkung auf Kantonsebene eine Steuererhöhung auf Gemeindeebene nötig werden könnte?"

Antwort

Frage 1a: *(Welche Auswirkungen hat die beantragte Steuergesetz-Revision auf die Gemeindefinanzen von Zollikofen?):*

Es ist mit Mindererträgen ab dem Steuerjahr 2011 und je nach Variante verstärkt ab dem Steuerjahr 2012 zu rechnen. Die jährlichen Mindererträge betragen:

– Regierungsvariante	0,52 Mio. Franken (35 % StAZ)
– Kommission Hauptantrag	1,27 Mio. Franken (85 % StAZ)
– Kommission Eventualantrag	0,62 Mio. Franken (42 % StAZ)
– Kompromissvariante 12.3.2010	0,99 Mio. Franken (66 % StAZ)

Frage 1b: *(Kann der Gemeinderat die erwähnten Auswirkungen bei einer Annahme der Kommissionsanträge bestätigen?)*

Wie immer bei Steuergesetzrevisionen ist es schwierig, die Auswirkungen auf die einzelnen Gemeinden ganz genau zu berechnen. Da die Gemeinde Zollikofen eine einigermaßen ausgewogene Steuerstruktur hat, treffen die im Voraus berechneten Ausfälle jeweils ziemlich genau zu. Der Gemeinderat kann demnach die erwarteten und oben dargestellten Auswirkungen grundsätzlich bestätigen und hat keine Veranlassung diese in Zweifel zu ziehen.

Frage 1c: *(Welche Auswirkungen hätte die Revision, wenn sie gemäss Vorschlag des Regierungsrates beschlossen wird?)*

Die Mindererträge würden bei dieser Variante am geringsten ausfallen und hätten demnach die kleinsten finanziellen Folgen für den kommunalen Finanzhaushalt. Es wird mit Mindererträgen von jährlich 0,52 Mio. Franken gerechnet (ab Steuerjahr 2011).

Frage 2a: *(Warum war die Gemeinde Zollikofen nicht vertreten, als verschiedene Gemeindepräsidenten öffentlich gegen die Kommissionsanträge aufgetreten sind?)*

Bei dem erwähnten Anlass hat es sich um eine Medienkonferenz der "Region Aaretal", unter der Initiative des Gemeindepräsidenten von Wichtrach gehandelt. Nebst den Regionsgemeinden wurden auch Stadtpräsident von Bern und Gemeindepräsidenten einzelner angefragter Agglomerationsgemeinden beigezogen. Die Gemeinde Zollikofen wurde nicht angefragt und hat aus den Medien von diesem Anlass und dem Teilnehmerkreis Kenntnis erhalten.

In diesem Zusammenhang legt der Gemeinderat Wert auf die Feststellung, dass die Gemeinde Zollikofen beziehungsweise der Finanzverwalter durchaus ihren Beitrag zur Abdämpfung allzu grosser Ertragsausfälle dieser Steuergesetzrevision geleistet haben. So ist u.a. der Finanzverwalter von Zollikofen an einem Treffen vom 9. März 2010 mit den amtierenden Grossräten aus dem Gebiet der Regionalkonferenz Bern-Mittelland beigezogen worden, um die Auswirkungen aus Expertensicht darzulegen.

Frage 2b: *(Ist der Gemeinderat bereit, sich der ablehnenden Stellungnahme anderer Gemeindebehörden anzuschliessen?)*

Ja. Der Gemeinderat hat die Empfehlung der Kommunalverbände (Verband Bernischer Gemeinden [VBG], Bernische Gemeindeschreiberinnen und Gemeindeschreiber [BEGG] und Verband bernischer Finanzverwalter [VBF]) umgesetzt, wonach diese den Gemeinderäten empfohlen haben, die Grossräte aus ihrer Gemeinde auf die Auswirkungen dieser Steuergesetzrevision mit Blick auf die kommunalen Haushalte aufmerksam zu machen. Die Grossratsmitglieder aus Zollikofen wurden per E-Mail vom 8. März 2010 (also vor den massgebenden Fraktionssitzungsterminen) ersucht, den Hauptantrag der Kommission abzulehnen, und im Sinne eines politischen Kompromisses auf den Eventualantrag der Kommission einzuschwenken.

Frage 3a: (Welche Massnahmen zieht der Gemeinderat in Betracht, um die wegen der Steuergesetz-Revision drohenden Mindereinnahmen auszugleichen?)

Die konkrete Beantwortung dieser Frage ist zurzeit nicht möglich. Es steht jedoch fest, dass der finanzielle Gestaltungsspielraum im Gemeindefinanzhaushalt dadurch zusätzlich eingeschränkt wird. Im Rahmen der jeweiligen Budgets werden die Auswirkungen einzu-beziehen und der Gesamtschau zu unterziehen sein.

Nach Auffassung des Gemeinderates ist der Spielraum im Gemeindebudget heute ohnehin relativ gering, was nicht dafür spricht, die Ausfälle ohne Weiteres verkraften zu können. Ob die Alternative einzig eine Steuererhöhung oder einzig ein Leistungsabbau sein wird, bleibt hypothetisch. Für den Gemeinderat kann auch eine Kombination von Steuererhöhung und Leistungsabbau in Frage kommen.

Die Entscheide werden nicht zuletzt auch vom Grossen Gemeinderat zu fällen sein.

Frage 3b: (Kann er ausschliessen, dass wegen der Steuersenkung auf Kantonsebene eine Steuererhöhung auf Gemeindeebene nötig werden könnte?)

Nein. (vgl. Antwort zu Frage 3a).

Präsident: Ihr habt eingangs die Interpellation von Bruno Vanoni als dringlich erklärt. Wir würden diese nun behandeln. Die gestellten Fragen sind in Schriftform durch den Gemeinderat beantwortet worden. Wünscht der Gemeinderat noch ergänzende Angaben zu liefern?

Um 21.29 Uhr verlässt Armin Röthlisberger die Verhandlungen.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Werter Präsident, werte Anwesende. Ich möchte nicht das euch vorliegende Papier kommentieren. Dieses ist meiner Meinung nach sehr gut abgefasst, es zeigt alles Notwendige auf. Ich möchte noch einige Punkte unterstreichen. Es wäre schlimm, wenn es einer Interpellation bedingt hätte, damit die Verwaltung und der Gemeinderat in dieser Angelegenheit tätig werden würden. Wir konnten im vorliegenden Papier aufzeigen, dass wir in dieser Angelegenheit längst tätig geworden sind. Unser Finanzverwalter arbeitet bezüglich dieser Thematik an vorderster Front mit. Wir haben die Grossräte von Zollikofen vorgängig mittels E-Mail kontaktiert und ihnen unseren Standpunkt mitgeteilt, damit sie sich entsprechend verhalten konnten. Wir haben ihnen die schädlichen Auswirkungen dieser Steuergesetz-Revision auf Zollikofen aufgezeigt. Einige Gemeinderäte haben sich persönlich mit unseren Grossräten in Verbindung gesetzt und ihnen aufgezeigt, dass sich die politische Führung gegen die geplante Steuergesetz - Revision ausspricht. Steuern senken ist gut, aber nicht zu Lasten der Gemeinden. Wir haben sehr schnell bemerkt, dass diese geplante Vorlage für die Gemeinden nicht gut ist. Nun noch zur Information: Der Grosse Rat hat gestern eine Entscheidung gefällt, die Meisten haben dies sicher schon der Presse entnommen. Der Entscheid ist auf eine Variante gefallen, welche der Säule ganz rechts im Bericht des Gemeinderates entspricht. Diese legt die Verschiebungen bzw. Auswirkungen auf unsere Mindeststeuereinnahmen dar. Im Jahr 2011 werden wir durch diese Steuergesetz - Revision Fr. 600'000.00 weniger an Steuern einnehmen. Im Jahr 2012 werden wir, wie Bruno Vanoni bereits gesagt hat, rund eine knappe Million Franken Steuerausfälle zu verschmerzen haben. Diese werden wir kompensieren müssen, sei dies durch Einsparungen oder Steuererhöhungen. Das können wir jetzt noch nicht sagen. Dieser Ausfall entspricht nicht ganz einem Steueranlage - Zehntel, es sind zwei Drittel eines Steueranlage - Zehntels. Dies Informationen wollte ich Euch mitteilen, damit ihr Euch auf eine nicht ganz einfache Zukunft vorbereiten könnt. Damit wir auf eine Steuererhöhung verzichten können, sind enorme Anstrengungen vonnöten, damit wir nicht wichtige Bereiche vernachlässigen müssen.

Präsident: Ist der Interpellant mit dieser Antwort zufrieden?

Bruno Vanoni, GFL: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich hoffe mit diesem Vorstoss nicht in das gleiche Wespennest gestochen zu haben, wie mit meiner Motion zum Umweltkonzept. Wir sind alle gleichermaßen an gesunden Gemeindefinanzen interessiert. Ich danke dem Gemeinderat für die rasche und umfangreiche Beantwortung der Interpellation. Es freut mich, dass er sich dem Einspruch der anderen Gemeinden anschliesst. Es freut mich besonders, dass der Gemeinderat und besonders auch der Finanzverwalter Daniel Bichsel bei den Bemühungen um eine verantwortbare Steuergesetz - Revision hinter den Kulissen mitgewirkt haben. Wenn man einen solch verdienstvollen Einsatz leistet, dürfte man dies auch öffentlich bekannt geben. Leider waren diese Bemühungen grösstenteils ohne Erfolg. An den Grossratsmitglieder aus Zollikofen wird es nicht gelegen haben. Diese standen dem durch den Gemeinderat verschickten E-Mail sicher offen gegenüber. Die Grünen und die SP Grossräte haben die überbordenden Kommissionsvorschläge ja von Anfang an bekämpft, zusammen mit der CVP und EVP, die jetzt das Referendum ergreifen will. Interessant an der Antwort finde ich, dass der Gemeinderat eigentlich klar macht, dass die nun gefällten Beschlüsse des Grossen Rates den Interessen Zollikofens nicht gerecht werden. Das ist ein guter Grund, das allfällige Referendum zu unterstützen und in der Volksabstimmung nein zu dieser Steuergesetz - Revision zu sagen. So lässt sich dann vielleicht auch die Steuererhöhung in der Gemeinde verhindern, die wegen der Steuersenkung im Kanton nötig werden könnte. Auch der Gemeinderat hält dies für möglich. Nicht ganz einverstanden bin ich mit der Schlussbemerkung des Gemeinderates, dass der Kanton die Steuern über eine Reduktion der Steueranlage senken sollte und nicht über eine Revision der Tarife und Abzüge. Ich meine, wenn eine Steuersenkung wirklich drin läge, sollte sie gezielt vorgenommen werden, und bestimmte Personengruppen über die Abzüge gezielt entlastet werden und nicht einfach über eine pauschale Änderung der Steueranlage. Abgesehen von dieser Frage bin ich sehr zufrieden von der Antwort des Gemeinderates, und ich danke nochmals dafür.

Präsident: Hans-Jörg Rhyh möchte eine persönliche Erklärung abgeben.

Hans-Jörg Rhyh, SP: Die wesentlichen Inhalte des E-Mails, welche der Gemeinderat den Grossräten von Zollikofen, inklusive Frau Morgenthaler von der Grünen Partei, zugestellt hat, sind gestern Abend im Grossen Rat verlesen worden. Die Einflussmöglichkeiten, über welche eine Gemeinde verfügt, wurden so weit als möglich ausgenützt. Ich habe das E-Mail auch an die Mitglieder der Kommission, welche die Steuergesetz - Revision behandelt hat, weitergegeben. Ich habe das E-Mail nicht nur unseren Mitgliedern sondern auch Blaise Kropf von der Grünen Partei weitergegeben, welcher dieses dann zitiert hat. Auch andere Gemeinden haben ihre Grossräte kontaktiert. Leider hat dies alles nichts genutzt. Aber mich hat das Verhalten der Gemeinde Zollikofen in dieser Sache gefreut. Man hat, wie auch andere Gemeinden, zum Beispiel Brienz auf die allfälligen Folgen hingewiesen. Auch bürgerliche Gemeindepräsidenten waren der Ansicht, dass diese Revision zu weit gehe, und dass die Gemeinden diese Auswirkungen nicht auffangen können. Es hat nichts genützt, aber mich hat das Verhalten der Gemeinde Zollikofen gefreut.

Präsident: Kurt Jörg wünscht noch eine persönliche Erklärung.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Nur ganz kurz. Ich danke Herrn Rhyh für die lobenden Worte. Es ist auch gut einmal Lob empfangen zu können. Es enttäuscht mich aber ein wenig, dass meine beiden Vorredner ausführen, die Wirkungen hätten keinen Einfluss gehabt. Hans-Jörg Rhyh weiss genau, dass der nun angenommene Antrag wohl nicht zustande gekommen wäre, hätte man nicht innerhalb der Bürgerlichen so viel Überzeugungsarbeit geleistet. Die Fronten konnten schlussendlich doch noch etwas aufgeweicht werden. Ohne diesen Einsatz wäre ein Kompromissvorschlag wohl nicht zustande gekommen. Ganz so wirkungslos war der geleistete Einsatz nicht.

Hans-Jörg Rhyn, SP: Ich kann dies bestätigen.

Toni Oesch, FdU: Das ist jetzt ein wenig merkwürdig. Gemäss der Geschäftsordnung hätte man eine Diskussion verlangen können. Es ist einfach ein Vorbezug auf das nächste Budget im Oktober. Ich muss festhalten, dass der Artikel von Herrn Vanoni im Mitteilungsblatt Zollikofen (MZ) von letzter Woche nicht ganz richtig ist. Der Kanton greift nicht in unsere Gemeindegasse. Wir erhalten weniger von unseren Steuerzahlenden. Und in diesem Fall kann ich diese Vorlage unterstützen. Wir haben nun jahrelang Überschüsse generiert, Eigenkapital geäufnet und Überabschreibungen vollzogen. Nun kommt der Kanton, Gottfried Aebi hat in einem Artikel, welcher im MZ publiziert wurde geschrieben, dass eine gewisse Therapie notwendig ist. Nun können wir wahrscheinlich keine Steuersenkung seitens der Gemeinde realisieren, da der Kanton dies nun tun wird. Eine Steuererhöhung seitens der Gemeinde ist notwendig, wir verfügen über genügend Eigenkapital. Aber wir müssen darauf achten, dass wir im richtigen Moment mit dem Sparen beginnen müssen.